

# Erneuerbare Energien: Ein europäisches System ist dringend erforderlich

DR. MARKUS PIEPER\*

Von einem Energiebinnenmarkt ohne Grenzen ist die Europäische Gemeinschaft noch weit entfernt. Bestes Beispiel sind die erneuerbaren Energiequellen. Diese sollen bis 2020 immerhin mit 20 % zur europäischen Energieproduktion beitragen. Auf dem Weg dahin prägen wenig effiziente nationale Insellösungen, die Milliardensummen verschlingen, das Bild. Daran hat trotz zaghafter Harmonisierungsversuche auch der erste Energiegipfel in der Geschichte der EU im Februar 2011 nichts geändert. Angesichts der extremen Preissteigerungen durch höhere Anteile des Ökostroms gehört ein europäischer Ansatz jedoch mehr denn je auf die politische Tagesordnung.

Die EU könnte – so Energiekommissar Günther Oettinger – jedes Jahr 10 Milliarden einsparen, wenn die Mitgliedstaaten ihre Förderpolitiken besser koordinieren würden. Diese Erkenntnis treibt die Europäische Kommission schon seit Jahren um. Bereits 2008 forderte die Kommission in ihren Vorlagen zur Erneuerbaren-Energien-Richtlinie (2009 verabschiedet) eine Harmonisierung der Einspeisesysteme und regte einen grenzüberschreitenden Handel mit Herkunftsnachweisen grüner Energie an. Ein Vorschlag, der im Europäischen Parlament viele Fürsprecher fand, jedoch im Rat – u. a. aus Deutschland – auf sehr starke Vorbehalte stieß und deshalb nicht zur Anwendung kam. Die Bundesregierung fürchtete und fürchtet, für die in Deutschland sehr teuer produzierte Ökoenergie international keine Abnehmer zu finden und so weniger eigene Beiträge zum Ausbau der regenerativen Energien leisten zu können.

Außer Deutschland setzen auch die meisten anderen EU-Staaten (u. a. Dänemark, Frankreich, Niederlande) auf ein System mit langjährigen Preisgarantien für Ökostrom. Wer hier aus erneuerbaren Quellen wie Wind, Sonne, Biomasse und

teilweise Erdwärme Strom produziert, bekommt für viele Jahre einen Fixpreis, der deutlich oberhalb des Marktpreises liegt. Schon etwas marktwirtschaftlicher ist das irische Modell, wo es wettbewerbliche Ausschreibungen gibt, Investoren sich also mit unterschiedlichen Konzepten um den Zuschlag zur Erzeugung regenerativer Energien bewerben können. Der dritte Ansatz schließlich ist ein Quotensystem, welches u. a. das Vereinigte Königreich, Italien und Schweden verfolgen. Hier wird lediglich eine Mindestquote aus erneuerbaren Quellen am Stromverbrauch staatlich festgelegt. Den Weg dorthin bestimmen Energieerzeuger und Stromabnehmer im marktwirtschaftlichen Wettbewerb. Wichtigster Baustein dabei: Ökostromerzeuger bekommen Zertifikate, die handelbar sind.

Es gibt sicher keinen nationalen Königsweg zur Erreichung der Ausbauziele erneuerbarer Energien. Klar ist jedoch, dass die autarken nationalen Systeme nicht in der Lage sind, naturräumliche Synergien und die Wettbewerbsvorteile eines Binnenmarktes zu nutzen. Das nicht abgestimmte und deshalb sehr teure Vorgehen trägt auch dazu bei, dass die Energiepreise in der EU im Schnitt 40 % über denen der USA und 2,5 Mal so hoch wie in China liegen.

Besonders beträchtlich ist die Situation in Deutschland. Hier hat sich die Stromkostenbelastung für die Industrie seit 2003 mit einem Anstieg von 4,8 Cent/kWh auf 12,1 Cent/kWh mehr als verdoppelt. Das deutsche EEG ist mittlerweile für ein Drittel des Strompreisanstiegs verantwortlich. Weitere Kostenbelastungen sind vorprogrammiert. Photovoltaik und Windkraft aus dem Binnenland drohen die Nachfolgebranchen der dauersubventionierten deutschen Steinkohle zu werden. Mit dem Unterschied, dass die Leidtragenden bei der Ökoenergie nicht die Steuerzahler sind, sondern über stetig steigende

Strompreise zunehmend mittelständische Firmen und private Stromkunden.

Weil es keinen Sinn macht, dass Deutschland so einen „Ökostrom mit Goldrand“ praktiziert, während in Südeuropa riesige Potenziale der Sonnenenergie brachliegen, muss der europäische Ansatz dringend auf die politische Agenda. Energiegewinnung aus Wind, Wasser, Sonnenkraft und Biomasse sollte vorrangig dort erfolgen, wo die günstigsten naturräumlichen Voraussetzungen herrschen. Ein europäisches Handelssystem mit Herkunftsnachweisen erneuerbarer Energieproduktion (Zertifikate) könnte den Mitgliedstaaten eine gegenseitige Anerkennung erworbener Zertifikate auf die nationalen Klimaschutzzielsetzungen ermöglichen. Dies würde Investitionen an geographisch bevorzugten Standorten weiter beschleunigen und hätte einen kostendämpfenden Effekt beim Ausbau der regenerativen Energien. Je nach Fortschritt beim Ausbau der regenerativen Energien könnten diese sogar mit dazu beitragen, die Anpassungen von Netzinfrastrukturen zu finanzieren.



\* Weitere Informationen:

Dr. Markus Pieper MdEP  
Europäisches Parlament  
Tel. +32 2 28473-05  
markus.pieper@europarl.europa.eu

Natürlich müsste Deutschland so zunächst ein Stück weit von der nationalen grünen Energieautarkie Abstand nehmen. Aber auch bei uns hätten Windkraftstandorte nahe der Küste oder in der Nordsee oder effiziente Biomasseanlagen ihre große marktwirtschaftliche Chance. Fortschritte der Speichertechnik würden weitere natio-

nale Beiträge zum Ausbau der Ökoenergie und auch der anderen Energieträger ermöglichen. Aber alles zu seiner Zeit. Einen schnellen und effizienten Beitrag könnte die EU mit dem grünen Zertifikatehandel leisten. Und wenn uns der Binnenmarkt sonst überall heilig ist, stört es auch nicht, wenn wir anstatt kostenintensiver deut-

scher Klimaschutzbeiträge für eine gewisse Zeit die höheren Anteile aus geeigneteren europäischen Ländern akzeptieren. Eine „Abhängigkeit“ von Sonnenenergie aus Spanien und Wasserkraft aus Skandinavien wäre jedenfalls leichter zu begründen als die von Öl und Gas aus der islamischen Welt bzw. Russland. ● ● ● ● ●